

## **Mutterstadt hat erneut Hoffnung auf Realisierung der Umgehung L 524**

Der Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium, Günther Eymael (FDP) hat bei seinem Besuch in der vergangenen Woche im Mutterstadter Rathaus die Notwendigkeit der Anbindung des Mutterstadter Gewerbegebietes an das überörtliche Verkehrsnetz betont und zugesichert, sich für den Anschluss der L 524 an die neue B 9 (A 65) einzusetzen. Der Landespolitiker war auf Einladung der Mutterstadter SPD-Landtagsabgeordneten Hannelore Klamm in den Landkreis gekommen, um Verkehrsprobleme in Mutterstadt, aber auch in Dannstadt, Fußgönheim und Maxdorf mit Bürgermeistern, Beigeordneten und Ratsmitgliedern zu erörtern.

Bekanntlich gibt es in Mutterstadt seit fast 30 Jahren die Idee, die L 524 von der alten B 9 in östlicher Richtung auf die neue B 9 weiterzuführen, um so das Gewerbegebiet verkehrsmäßig besser anzuschließen und dadurch auch eine wesentliche Verkehrsentlastung für die Mutterstadter Ortsdurchfahren zu erreichen. Die Pläne dafür liegen in der Schublade, das Planfeststellungsverfahren und das raumplanerische Verfahren dafür sind abgeschlossen, das Projekt ist sozusagen baureif, allein es fehlt noch das Geld. Die Straßenbaumaßnahme kostet einschl. des Grunderwerbs nach Aussage von Eymael ca. 6,6 Mio. EURO. Mutterstadt steht, zusammen mit einem weiteren Neubauprojekt in der Eifel, auf Platz eins der Prioritätenliste der Landesstraßenverwaltung. Grünes Licht gibt es mit der Fortschreibung des Straßenbauprogrammes des Landes für die Jahre 2004-2008, mit dem im Rahmen einer Mobilitätsmaßnahme Straßenneubau- und Unterhaltungsarbeiten gefördert werden.

Landrat Werner Schröter, Bürgermeister Ewald Ledig, sein Amtskollege Günter Beckstein aus Dannstadt-Schauernheim, Beigeordneter Konrad Heller und mehrere SPD-Ratsmitglieder, die an der Besprechung mit dem Staatssekretär im Rathaus teilnahmen, hoffen nun, dass die für Mutterstadt und die umliegenden Gemeinden so wichtige Neubaumaßnahme in greifbare Nähe gerückt ist. Das wäre auch deshalb notwendig, um zum einen den LKW-Verkehr aus dem Ort zu bringen und zum anderen bei Realisierung der Straßenanbindung die geplante Erweiterung des Gewerbegebiets östlich der K 28 erschließen und verkaufen zu können.

Staatssekretär Eymael und Landtagsabgeordnete Klamm werden sich der Sache in Mainz nochmals annehmen und Landrat und Bürgermeister werden die Notwendigkeit der Neubautrasse erneut schriftlich in Mainz vorlegen, damit die Entscheidung pro Anbindung bald fallen kann; in dem Gespräch machte das Jahr 2006 die Runde.  
(Amtsblattbericht vom 14.08.2003)